

Liestal, 17. März 2017

Medienmitteilung

«Handschlagaffäre»: FDP Baselland begrüsst Meldepflicht bei wesentlichen Integrationsproblemen – gefordert ist jetzt das Baselbieter Amt für Migration

Die FDP erachtet es als zielführend, dass die Schulleitungen wesentliche Integrationsprobleme von Schülerinnen und Schülern neu dem Amt für Migration melden sollen. Zudem begrüsst die Partei die Ausdehnung der elterlichen Kostenpflicht für den angeordneten Besuch besonderer Programme im Rahmen von Disziplinar massnahmen.

Liestal, 17. März 2017. Aufgrund der sogenannten «Handschlagaffäre» zeigt es sich, dass sich gesellschaftliche Herausforderungen zuerst in der Schule manifestieren. Gerade die Schule mit ihrem Bildungs- und Integrationsauftrag darf Verhaltensweisen und Ansprüche von Schülern und Erziehungsberechtigten, die insbesondere der Gleichstellung von Frau und Mann widersprechen, keinesfalls tolerieren. Darum begrüsst die FDP Baselland, dass gesetzgeberische Massnahmen für die Ahndung von Integrationsverweigerung ergriffen werden. Damit stärkt die Politik den Schulleitungen den Rücken.

Der Parteirat der FDP Baselland hat am Donnerstagsabend, 16. März 2017, das Thema Meldepflicht bei Integrationsproblemen intensiv diskutiert. Dabei war man sich einig: Wer in der Schweiz lebt, soll sich an die hiesigen Werte halten. Toleranz und Respekt bilden die Grundlage unserer offenen Gesellschaft und sind nicht verhandelbar.

Im Rahmen der Vernehmlassung der entsprechenden Verfassungsreform erörterte der Parteirat die Frage, ob es überhaupt eine Verfassungs- und eine Gesetzesänderung braucht. Dies wurde deutlich bejaht. Damit könne den Schulleitungen der Rücken gestärkt werden. Die bisherigen Instrumente (Hausordnung, Schulordnung, Broschüre «Gelebte Religion») werden zwar laufend aktualisiert und ergänzt, genügen aber nicht, um Disziplinar massnahmen über alle Instanzen hinweg rechtlich abzusichern und durchzusetzen.

Besonders bewegte die Frage, inwiefern weltanschauliche Auffassungen und religiöse Vorschriften von der Erfüllung bürgerlicher Pflichten entbinden sollen. Zwar zeigte die Diskussion auf, dass Begriffe wie «bürgerliche Pflichten» nur schwer zu definieren sind. Nichtsdestotrotz vertrat eine klare Mehrheit die Ansicht, eine **neue Verfassungsnorm** verdeutliche, dass wesentliche, dem Gemeinwohl dienende Errungenschaften unseres säkularen Staates durch religiöses Sonderrecht nicht unterlaufen werden dürfen. Der Tenor in der Diskussion war eindeutig: Die Schweiz ist ein säkularer Staat; unsere offene Gesellschaft wurde erst möglich aufgrund von intensiv geführten politischen Kämpfen, die weit ins vorletzte Jahrhundert zurückreichen. Es gehe nicht an, diese Errungenschaft durch einen falsch verstandenen Liberalismus und Nachgiebigkeit gegenüber fortschrittsfeindlichen Extrempositionen aufs Spiel zu setzen.

Für notwendig erachtet die FDP auch **Änderungen im Bildungsgesetz**. Der Besuch des Schulunterrichts und der Schulveranstaltungen sowie diskriminierungsfreie Umgangsformen seien für alle zumutbar, unabhängig von ihren religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, wurde argumentiert. Die FDP begrüsst darum die Absicht des Regierungsrats, mittels der Revision des Bildungsgesetzes solchen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten. Insbesondere die neue Meldepflicht für die Schulleitungen, Integrationsprobleme von Schülerinnen und Schülern dem Amt für Migration zu melden, stellt für die FDP eine geeignete Massnahme dar, die Ausländerbehörden zu vermehrtem und genauem Hinschauen zu bewegen. Basierend auf den entsprechenden Meldungen können diese ausländerrechtliche und auch asylrechtliche Folgen anordnen. Im Klartext: Gefordert ist das Amt für Migration.

Auch die Ausdehnung der elterlichen Kostenpflicht für den angeordneten Besuch besonderer Programme im Rahmen von Disziplinar massnahmen wird als ein zielführendes Instrument begrüsst. Dies entspricht klar dem freisinnigen Grundsatz, Selbstverantwortung einzufordern.

Kontakt: Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20